

Digitalisierungsvorhaben des Bundesministeriums des Innern sowie des Bundes im Gesamtkontext Asyl

Aufstellung

Stand 01.02.2018

Inhaltsverzeichnis

1 Digitalisierungsvorhaben im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern im Gesamtkontext Asyl.....	3
1.1 Erläuterung und Ziele	3
1.2 Abgrenzung.....	3
1.3 Stakeholder	5
1.4 Bereits umgesetzte Vorhaben	7
1.5 Vorhaben in der Entwicklung	15
1.6 Vorhaben in der Planung.....	17
2 Prüfung weiterer Digitalisierungsvorhaben der Bundesregierung.....	18
2.1 Digitale Verwaltung 2020. Regierungsprogramm 18. Legislaturperiode	19
2.1.1 Maßnahmen zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes	19
2.1.2 Einzelprojekte des Bundes	22
2.2 Legislaturbericht Digitale Agenda 2014–2017	24
2.3 IT-Strategie der Bundesverwaltung 2017-2021	25

1 Digitalisierungsvorhaben im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern im Gesamtkontext Asyl

1.1 Erläuterung und Ziele

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben am 24.09.2015 gemeinsam die weitere Digitalisierung des Asylverfahrens beschlossen. Der Aufbau des integrierten Identitätsmanagements ist ein erster wichtiger Baustein bei der Digitalisierung des Asylverfahrens. Während Kerndatensystem, Personalisierungsinfrastrukturkomponenten (PIK) und Ankunftsnachweis (AKN) die sichtbarsten und populärsten Ergebnisse dieser Entscheidung sind, gibt es über den Gesamtprozess Asylwesen hinaus weitere relevante Digitalisierungsvorhaben innerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums des Innern.

Um wie bei diesem ersten wichtigen Vorhaben abgestimmt und kooperativ vorgehen zu können, bedarf es einer Übersicht über weitere Vorhaben und Projekte, um so schrittweise zu einem Gesamtprozess eines digitalisierten Asylverfahrens zu kommen.

Anhand der unten aufgeführten Kriterien wurde eine Übersicht erstellt.

1.2 Abgrenzung

Akteure

Für die von der PGDAS koordinierte Aufstellung der Digitalisierungsprojekte im Gesamtkontext Asylwesen wurden neben dem Bundesministerium des Innern (BMI), das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Bundeskriminalamt (BKA), das Bundesverwaltungsamt (BVA) sowie der Beauftragte für Flüchtlingsmanagement (BFM)¹ eingebunden.

Reichweite

Aufgeführt sind Digitalisierungsprojekte des Bundes mit Auswirkungen auf andere Bundesbehörden, Länder, Kommunen und Sonstige (z.B. Nichtregierungsorganisationen) im Kontext des Gesamtprozesses von der Ankunft der Asylsuchenden bis zur Integration bzw. Rückkehr. Nicht enthalten sind ausschließlich BAMF-interne Projekte.

Auswirkungen

Auswirkungen können direkt oder indirekt sein; indirekte Auswirkungen können z.B. eine erhöhte Stabilität des Systemverbunds oder die Verbesserung der Datenqualität sein.

Projektstatus

Enthalten sind Projekte, die mindestens bereits geplant sind, in der Entwicklung oder bereits produktiv. Nicht enthalten sind lediglich Ideen oder Skizzen.

IT-Bezug

¹ Das Mandat des BFM ist Ende 2017 ausgelaufen.

Ein zumindest mittelbarer IT-Bezug muss gegeben sein. Während z.B. reine Organisationsentwicklungsprojekte nicht im Fokus dieser Aufstellung liegen, können Initiativen zur Verbesserung der Datenqualität aufgenommen werden.

1.3 Stakeholder

Technische Stakeholder	Beschreibung
Bund	Beinhaltet sämtliche Behörden des Bundes, inkl. der Bundespolizei und Bundesagentur für Arbeit
Länder	Beinhaltet sämtliche Behörden der Bundesländer, inkl. Polizei und (Erst-)Aufnahmeeinrichtungen sowie ggf. Zentrale Ausländerbehörden
Kommunen	Beinhaltet sämtliche kommunale Behörden, insbesondere Ausländerbehörden, sowie z.B. Sozialbehörden, Jugendämter, Meldebehörden sowie Jobcenter (je nach Organisationsmodell)
Sonstige	Beinhaltet z.B. Träger von Integrationskursen, Dozenten etc.

1.4 Bereits umgesetzte Vorhaben

Kurzbezeichnung	Inhalt	Federführer	Technische Stakeholder	Termine	Koordination (fachl./techn.)
AFIE	Automatisierte Fingerabdruckblatterfassung in INPOL als Zwischenlösung zur BKA-internen Beschleunigung des Asylverfahrens im Vorgriff der BAMF-BKA-SST.	BKA	BKA	Sep. 2015	
Anbindung der Polizeien (§ 49 AufenthG)	Erstregistrierungsdaten der Polizeien des Bundes und Länder nach §49 AufenthG werden direkt in das Kerndatensystem gespeichert.	BKA/BVA	Bund Länder Kommunen	15.11.2016	BVA: PG DAVG
Anbindung der Polizeien (§ 16 AsylG)	Erstregistrierungsdaten der Polizeien des Bundes und Länder nach §16 AsylG werden direkt in das Kerndatensystem gespeichert.	BKA/BVA	Bund Länder Kommunen	26.09.2017	BVA: PG DAVG
Ertüchtigung AFIS	Bereitstellung von Konvertierungsservices (u.a. T4 zu T14). Integration des „Resettlement“-Workflows.	BKA	Bund	KW 38 2017	BKA
BAMF-BKA-Schnittstelle	Schnittstelle zwischen BAMF und BKA zur Anbindung von Fachverfahren an INPOL und als Kommunikationspunkt zu EURODAC zur Abwicklung von Erstregistrierung und Fast-ID-Anfragen.	BKA/BAMF	Bund Länder	BKA: 20.11.2016 BAMF: Stufe 1: 20.11.16 Stufe 2: 03.03.17	
Ertüchtigung AFIS	<ol style="list-style-type: none"> Umsetzung der neuen Eurodac-Verordnung. Aktualisierung und Erweiterung der Abgleichkapazität. Qualitätsoptimierung von Fingerabdruckbildern in NIST-Dateien. Konverter für §16 AsylG- und §49 AufenthG-Registrierungen zur Konvertierung binärer NIST- zu GSAT XML-Dateien zur 	BKA	Bund	<ol style="list-style-type: none"> 20.07.2015 Dez. 2015 Mai 2016 Feb. 2016 	

	Vereinheitlichung der Standards. 4. Trennung der Datenbestände in AFIS-P(olizei) und AFIS-A(syl).				
Erweiterung INPOL-Z	1. Umsetzung der neuen Eurodac-Verordnung. 2. Übermittlung der durch die Polizeien nach §16 AsylG und §49 AufenthG erhobenen ED-Unterlagen an BAMF und BVA. 3. Unterstützende Anpassungen der Trennung von AFIS-A und AFIS-P. 4. Anpassungen zur Unterstützung der BAMF-BKA-Schnittstelle.	BKA	Bund	1. 20.07.2015 2. Feb. 2016 3. Feb. 2016 4. Nov. 2016	

Kurzbezeichnung	Inhalt	Koordination	Technisch Stakeholder	Termine	Koordination (fachl./techn.)
Erweiterung des AZR	Erweiterung des Datenbestands des Ausländerzentralregisters um die im Datenaustauschverbesserungsgesetz aufgeführten Daten. Die Umsetzung erfolgte in zwei Stufen (1. Stufe: 30.03.2016, 2. Stufe: 29.06.2016).	BVA	Bund Länder Kommunen	1. Stufe: 30.03.2016 2. Stufe: 29.06.2016	Fachlich: BAMF Ref. 222 Technisch: BVA PG DAVG
Anbindung der Meldebehörden	Anschriften von Flüchtlingen werden aus dem AZR an die Meldebehörden im Push-Verfahren übermittelt und umgekehrt Anschriften von den Meldebehörden entgegengenommen.	BVA	Bund Kommunen	01.11.2016	BVA: PG DAVG
Registerabgleiche	Automatisierter Abgleich im Registrierungsprozess mit Registern (AZR, VIS, Visa-Datei, Inpol-Sachfahndung), Konsolidierung der Ergebnisse und Rückmeldung an die berechtigten Behörden. Die Umsetzung erfolgt in meh-	BVA	Bund Länder Kommunen	1. Stufe: 15.11.2016 2. Stufe: 01.08.2017 3. Stufe: KW	BVA: PG DAVG

	reren Stufen.			43/2017	
AsylKon	Automatischer Abgleich mit Sicherheitsbehörden im Registrierungsprozess.	Technisch: BVA Fachlich: BMI	Bund Länder Kommunen	15.05.2017	BVA: PG DAVG
AZR- Erstregistrierungsschnittstelle	Schnittstelle zur Anbindung von Fachverfahren an das AZR zur Abwicklung der Erstregistrierung und Fast-ID.	BVA	Bund Länder Kommunen	01.08.2017	BVA: PG DAVG
Kerndatensystem: Anschluss berechtigter Behörden an das AZR	Anschluss weiterer Behörden an das AZR, etwa Gesundheitsbehörden oder Jobcenter.	BVA	Bund Länder Kommunen	Fortlaufend	Fachlich: BAMF Ref. 222 Technisch: BVA PG DAVG
Anbindung der Verwaltungsgerichte an das AZR	Den Verwaltungsgerichten wird die Möglichkeit eingeräumt, direkt auf das AZR zuzugreifen. Resultiert aus einer Änderung des §22 AZRG durch DAVG.	BVA	Bund Länder	Fortlaufend	BVA: PG DAVG
Datenqualitätsinstanz	Data Warehouse zur Auswertung der Qualität biometrischer Daten im Kerndatensystem	BVA	Bund Länder Kommunen	Fortlaufend	BVA: PG DAVG

Kurzbezeichnung	Inhalt	Federführer	Technische Stakeholder	Termine	Koordination (fachl./techn.)
Weiter- und Neuentwicklung MARiS	Technische Erneuerung u.a. zur besseren Skalierbarkeit, Integration neuer Funktionen und höheren Systemstabilität, auch des Systemverbunds im Asylwesen. Die Neuentwicklung	BAMF	Bund Länder Kommunen	Fortlaufend	Fachlich: BAMF Ref. 230, Technisch:

	erfolgt in mehreren Stufen.				BAMF Ref. 720
InGe-Online-TGS	Elektronische Kommunikation zwischen den Trägern der Grundsicherung (TGS)/ Jobcentern und dem Bundesamt. Daten über die Kursteilnahmeverpflichtung von Leistungsempfängern können dadurch elektronisch ausgetauscht werden.	BAMF	Bund Länder Kommunen Sonstige		Fachlich: BAMF Ref. 320, Technisch: BAMF Ref. 720
InGe-Online-TLA	InGe (Integrationsgeschäftsdatei) wird im BAMF zur Verwaltung und Koordination von Integrationskursen und Kursträgern genutzt. Das Vorhaben ermöglicht die Online-Anbindung der Träger der Leistungen nach dem AsylbLG (TLA) an InGe-Online des BAMF.	BAMF	Bund Kommunen Sonstige		Fachlich: BAMF Ref. 320, Technisch: BAMF Ref. 720
Ankommen-App	Themenübergreifende App die als „Wegbegleiter für die ersten Wochen in Deutschland“ in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch und Farsi angeboten wird.	BAMF	Bund Länder Kommunen Sonstige		Fachlich: BAMF Abt. 8, Technisch: BAMF Ref. 720
Erneuerung AMIF	Elektronische Aktenführung bei der Verwaltung von Mitteln aus den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds (AMIF) für Vereine und NGOs.	BAMF	Bund Sonstige		Fachlich: BAMF Ref. 214, Technisch: BAMF Ref. 720
Pass-Tracking	Mit der Anwendung werden Originaldokumente zur Identitätsfeststellung und Beweissicherung im Asylverfahren erfasst, geprüft und der Sendungsverlauf dokumentiert. Der Prüfstatus eines Dokuments oder wohin Ausweisdoku-	BAMF	Bund ggf. Länder Kommunen		Fachlich: BAMF Ref. 244 und ope- rativer Be- reich,

	mente im letzten Bearbeitungsschritt weitergeleitet wurden, ist transparent.				Technisch: BAMF Ref. 720
Behörden-Service des BAMF Service Center	Länderbehörden wie Erstaufnahmeeinrichtungen oder Ausländerbehörden können nach einer Authentifizierung den aktuellen offiziellen Status im Asylverfahren abfragen.	BAMF	Bund Länder Kommunen		Fachlich: BAMF Ref. 717, Technisch: BAMF Ref. 720
Beratungsstelle Radikalisierung	Diese Applikation unterstützt die gesamte digitale Datenerfassung während Beratungsgesprächen und dient vor allem internen Berichtszwecken.	BAMF	Bund		Fachlich: BAMF Ref. 242, Technisch: BAMF Ref. 720
Elektronische Kommunikation mit Verwaltungsgerichten	Digitalisierung des Schriftverkehrs zwischen BAMF und Verwaltungsgerichten über das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP). Die über EGVP eingehenden Schriftstücke werden automatisch den entsprechenden Mitarbeitenden zugeleitet.	BAMF	Bund Länder Kommunen		Fachlich: BAMF Gr. 23, Technisch: BAMF Ref. 715/720
Erneuerung ZIRF Datenbank	Portal zur Zusammenführung aller relevanten Informationen zur freiwilligen Rückkehr. Die Umsetzung erfolgt in mehreren Stufen.	BAMF	Bund Länder Kommunen Sonstige	Fortlaufend	Fachlich: BAMF Ref. 212, Technisch: BAMF Ref. 720
BerD - Berufsbezogene Deutschsprachförderung	Zur Verwaltung, Koordinierung und Abrechnung der Berufsbezogenen Deutschsprachför-	BAMF	Bund Kommunen	Fortlaufend	Fachlich: BAMF Ref.

	derung (BerD) wird eine zentrale digitale Plattform eingerichtet. Das bisherige Papierverfahren bei der berufsbezogenen Sprachförderung wird durch die digitale Lösung vollständig ersetzt.		Sonstige		322, Technisch: BAMF Ref. 720
Integriertes Mobilitätsmanagement	Die für die Umsetzung der EU-Richtlinien zur Mobilität von Drittstaatsangehörigen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten eingerichteten nationalen Kontaktstellen sollen in der Form unterstützt werden, dass sämtliche Arbeitsvorgänge rund um die Entgegennahme, Verarbeitung und Weiterleitung von Anträgen an die zuständigen Ausländerbehörden digitalisiert werden.	BAMF	Bund Kommunen Sonstige	Fortlaufend (Übergangslösung produktiv, dauerhafte Lösung in Planung)	Fachlich: BAMF Ref. 220, Technisch: BAMF Ref. 720
XAusländer	Sukzessive Einführung des XAusländer-Fachmoduls für technische Schnittstellen im Asylverfahren.	BAMF	Bund Länder Kommunen Sonstige	Fortlaufend; halbjährlich, gem. dem Änderungs- turnus des Stan- dards	Fachlich: BAMF Ref. 722, Technisch: KOSIT
XInneres/XAusländer im Informationsverbund der Innenverwaltung	Die Datenübermittlung im Informationsverbund der Innenverwaltung erfolgt mit dem Standard XInneres. Dieser enthält u. a. das Fachmodul XAusländer für die Datenübermittlung u. a. zwischen Ausländerbehörden untereinander, Ausländerbehörden zu anderen Behörden und Nachrichtenaustausch mit dem AZR.	KoSIT in Auftrag der IMK			
Neuentwicklung PIA	Weiterentwicklung der Plattform zum Austausch von Informationen, insb. zur Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit.	BAMF	Bund Länder Kommunen	Fortlaufend	Technisch: BAMF Ref. 720

			Sonstige		
--	--	--	----------	--	--

Kurzbezeichnung	Inhalt	Koordination	Techn. Stakeholder	Termine	Koordination (fachl./techn.)
Behördenübergreifende Verbesserung der Datenqualität im AZR	Entwicklung eines Handlungsleitfadens zur Verbesserung der Datenqualität im Kerndatensystem. Sensibilisierung der AZR-Nutzer bzgl. Datenqualität und Bereinigungsmaßnahmen im AZR.	BAMF	Bund Länder Kommunen	Fortlaufend	Fachlich: BAMF Ref. 222, 722
Integriertes Identitätsmanagement - Plausibilisierung, Datenqualität und Sicherheitsaspekte (IDM-S)	Erprobung innovativer IT-Verfahren zur Steigerung der Prozesseffizienz im Asylverfahren.	BAMF	Bund Länder Kommunen	Beginn Inbetriebnahme September 2017	Fachlich: BAMF Gr. 23 und Gr. 24, Technisch: Ref. 720
Lagebild Rückkehr	Schaffung regionaler Transparenz über Ausreisepflichtige und Nachhaltung von Rückkehrmaßnahmen.	ZUR	Bund	Fortlaufend	Fachlich: u.a. BAMF Ref. 212
Separate Bereitstellung der PIK-Software	Bereitstellung der PIK-Software zur Installation auf Arbeitsplatzrechnern für Länder und Kommunen.	PGDAS	Bund Länder Kommunen		PGDAS

Kurzbezeichnung	Inhalt	Federführer	Technische Stakeholder	Termine	Koordination (fachl./techn.)
eKommunikation Leistungsgewährung	Konzeption und Erprobung von Optionen zum Verhindern des Missbrauchs von Leistungen nach AsylbLG durch Asylbewerber und Geduldete. <i>Siehe hierzu: PGDAS, Technische Ausrüstung AsylbLG-Behörden (in Entwicklung)</i>	BFM	Bund Länder Kommunen	Abschlussbericht wurde vorgelegt	
Konzept zur Duldungs-	Basierend auf dem ARZ-Leitfaden wurde in Zu-	BFM in der	Bund	beendet	

überprüfung	<p>sammenarbeit mit dem Bundesland NRW ein Konzept für eine bundesweite Prüfung des Duldungsbestands erstellt – nach praktischer Validierung in NRW soll dieses allen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Ziele sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Transparenzschaffung über Fälle, bei denen ein Abschiebungshindernis ggf. nicht (mehr) vorliegt – Bereinigung von Unplausibilitäten und Unschärfen (z.B. „sonstige Gründe“) – Vereinheitlichung der Datenerfassung in verschiedenen Systemen 	<p>Erstkonzeptionierung;</p> <p>Übergabe an Linie BAMF erfolgt</p>	Länder Kommunen		
-------------	--	--	--------------------	--	--

1.5 Vorhaben in der Entwicklung

Kurzbezeichnung	Inhalt	Federführer	Technische Stakeholder	Termine	Koordination (fachl./techn.)
Anbindung PIK-Software an Fachverfahren	Schaffung einer einfachen Möglichkeit zur Anbindung von Fachverfahren zur Durchführung von Erstregistrierung und Fast-ID.	PGDAS	Bund Länder Kommunen	Q1/2018	PGDAS
Technische Ausrüstung Ausländerbehörden	Ertüchtigung der Ausländerbehörden zur gesetzeskonformen Registrierung von Asylsuchenden.	PGDAS	Bund Länder Kommunen	Abschluss Ende Q1/2018	PGDAS
Technische Ausrüstung AsylbLG-Behörden	Ausrüstung der Behörden nach AsylbLG mit der Möglichkeit zur Identitätsprüfung über Fast-ID.	PGDAS	Bund Länder Kommune	Abschluss Ende Q3/2018	PGDAS

Kurstracker	Überblick über Angebot und Nachfrage von Integrationskursen zur besseren Planung und Auslastung	BAMF	Bund Sonstige	Fortlaufend	Fachlich: BAMF Ref. 320, Technisch: BAMF Ref. 720
Asylstatus-Info	System zur Auskunft über den Bearbeitungsstatus von Asylverfahren und zur frühzeitigen Identifikation von Problemen und Verzögerungen.	BAMF	Bund Sonstige		
Zentraler Posteingang InGe	Elektronische Übermittlung von Anträgen auf Zulassung neuer Lehrkräfte, auf Basis der für MARiS eingerichteten Scanstraße zur Digitalisierung des Posteingangs	BAMF	Bund Sonstige		Fachlich: BAMF Ref. 320, Technisch: BAMF Ref. 720
Datenbank für Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer	Technische Aktualisierung der Datenbank zur Personalbewirtschaftung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und Planung der Weiterentwicklung	BAMF	Bund Sonstige		Fachlich: BAMF Ref. 324, Technisch: BAMF Ref. 720

WebGIS	Webbasiertes Geoinformationssystem	BAMF	Bund Länder Kommunen Sonstige		Technisch: BAMF Ref. 720
Überarbeitung Migration Info Logistik - MILO	MILO dient dem Bundesamt als zentrales Informationssystem zu einzelnen Herkunftsländern. Dieses System soll grundlegend überarbeitet und dem wachsenden Informationsbedarf angepasst werden. Zu den Renovierungsmaßnahmen zählen Versions-Upgrades und Standardisierung anhand der neuen Anforderungen, die Überarbeitung der internen Strukturen sowie ein neues Design.	BAMF	Bund Länder Kommunen Sonstige	Q1/2018	
BVA-BKA-AZR-KDS-Schnittstelle	Schnittstelle zwischen BVA und BKA zur Anbindung von Fachverfahren an INPOL und als Kommunikationspunkt zu Eurodac zur Abwicklung von Erstregistrierung und Fast-ID-Anfragen. Anbindung u.a. ABHen und Sozialbehörden über BVA.	BVA/BKA	Bund	30.06.2018	BVA: PG DAVG
Erweiterung INPOL-Z	Steigerung der Lichtbildqualität. Unterstützung der Funktionalitäten BVA-BKA-AZR-KDS-Schnittstelle.	BKA	Bund	Geplant Feb. 2018	

1.6 Vorhaben in der Planung

Kurzbezeichnung	Inhalt	Federführer	Technische Stakeholder	Termine	Koordination (fachl./techn.)
Digitale Akte InGe	Ersetzen von Papierakten für Teilnehmer und Lehrer bei Integrationskursen	BAMF	Bund Kommunen Sonstige		Fachlich: BAMF Ref. 320, Technisch: BAMF Ref. 720
Umsetzung neuer EURODAC-Verordnung	Neue Vorschläge befinden sich momentan in Verhandlung zwischen allen EU-Mitgliedstaaten, in deren Ergebnis eine neue EURODAC-Verordnung stehen soll.	BAMF und BKA	offen	offen	
Weiterentwicklung BAMF-BKA-Schnittstelle	Unterstützung weiterer Anwendungsfälle (bspw. Datenverarbeitung Minderjähriger, Vollamputationen)	BKA	Bund	Weiterentwicklung BAMF-BKA-Schnittstelle	Unterstützung weiterer Anwendungsfälle (bspw. Datenverarbeitung Minderjähriger, Vollamputationen)
Eurodac-Rückmeldung BPol	Registrierung durch Bundespolizei gem. §16 AsylG und Rückmeldungen von Eurodac-Ergebnissen.	BKA	Bund	Frühestens 2. Hj. 2018	

2 Prüfung weiterer Digitalisierungsvorhaben der Bundesregierung

Es wurde eine Übersicht über Projekte im Gesamtprozess Asyl erstellt. Diese Übersicht bezieht sich ausschließlich auf Projekte innerhalb des Bundesministeriums des Innern.

Auch in anderen Ressorts wird die weitere Digitalisierung von Verwaltungsprozessen vorangetrieben, daneben gibt es ressortübergreifende Digitalisierungsvorhaben.

Vor einer Aufnahme in die detaillierte Aufstellung von Digitalisierungsvorhaben im Rahmen des Gesamtprozesses Asyl werden die weiteren Vorhaben der Regierung und weiterer Ressorts auf einen möglichen thematischen Bezug geprüft.

Die einzelnen Regierungsvorhaben wurden auf einen Bezug zum Gesamtprozess Asylwesen geprüft. Reine Querschnittsvorhaben, technische Basisdienste oder Überbauthemen (z.B. Datenschutz oder Barrierefreiheit) liegen außerhalb des Fokus.

Folgende Dokumente wurden ausgewertet:

- Digitale Verwaltung 2020. Regierungsprogramm 18. Legislaturperiode
- Legislaturbericht Digitale Agenda 2014–2017
- IT-Strategie der Bundesverwaltung 2017-2021

2.1 Digitale Verwaltung 2020. Regierungsprogramm 18. Legislaturperiode

2.1.1 Maßnahmen zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes

	Kurzbezeichnung	Inhalt	Einschätzung
1	Digitale Erklärungen (Normenscreening)	Unter Federführung des BMI werden alle bundesverwaltungsrechtlichen Vorschriften auf die Möglichkeit der Streichung oder elektronischen Ersetzung der Schriftform und des persönlichen Erscheinens untersucht.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben
2	Barrierefreiheit	Mitarbeiter mit Behinderungen müssen mit Verfahren wie der elektronischen Akte genauso gut und effizient arbeiten können wie Kollegen ohne Behinderungen. Eine bürgerfreundliche Verwaltung muss selbstverständlich auch die Interessen der Bürger mit Behinderungen aufgreifen und ihre Dienstleistungen und Angebote frei von Benachteiligung zur Verfügung stellen.	Kein Bezug
3	Bundesredaktion für Leistungs-, Formular- und Prozessinformation	Der Vollzug von Gesetzen setzt ein richtiges Verständnis der Norm, ihrer Voraussetzungen und des Verfahrens voraus. Dazu werden Leistungs- und Prozessbeschreibungen sowie Formulare erstellt und eingesetzt. Bezogen auf diese drei Informationsbestandteile wurden in einem Bund-Länder-Projekt des IT-Planungsrates Beschreibungsstandards definiert, die nachfolgend auf allen Verwaltungsebenen angewendet werden sollen.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben
4	zentraler eID-Service zur nPA Nutzung	Gemäß § 2 Abs. 3 EGovG sind Bundesbehörden ab 1. Januar 2015 verpflichtet, in Verwaltungsverfahren mit Identifizierungserfordernissen im Rahmen der Kommunikation mit dem Bürger den elektronischen Identitätsnachweis anzubieten. Die Bundesbehörden sollen bei der Umsetzung und Integration des elektronischen Identitätsnachweises durch zentrale Bereitstellung von eID-Leistungen unterstützt werden.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben
5	De-Mail als IT-Verfahren und Anbindung der Be-	Durch das Vorhaben „De-Mail als IT-Verfahren“ sollen die Bundesbehörden	Kein Bezug, allgemeines

	hörden	bei der Anbindung ihrer IT-Infrastruktur an die De-Mail-Infrastruktur und bei der Integration von De-Mail in ihre Verwaltungsprozesse unterstützt werden.	Vorhaben
6	Formular-Management-System	Mit dem Formular-Management-System (FMS) werden Formulare online und interaktiv bereit-gestellt. Somit wird ein vollständig medienbruchfreier Datenaustausch von Bürgern sowie Unternehmen mit der Verwaltung ermöglicht.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben
7	Zahlungsverkehrsplattform	Im Rahmen des Programms „Gemeinsame IT des Bundes“ wird die Zahlungsverkehrsplattform ePayment Bund/Länder (ePayBL) weiterentwickelt. ePayBL richtet sich an Bundes- und Landesbehörden als Betreiber von Internetanwendungen wie E-Shops oder Vorgangsbearbeitungssysteme, die eine Anbindung an das Haushaltssystem des Bundes benötigen.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben
8	Aktionsplan E-Akte	Einführung der elektronischen Akte, inkl. Abbildung der Prozesse. Hierfür werden Vorgehensweisen und Musterlösungen zur Verfügung gestellt. Als eine technische Basiskomponente für die elektronische Akte (E-Akte Basisdienst) soll im Rahmen der Gemeinsamen IT des Bundes ein Dokumenten-Management-System beschafft werden.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben
9	Annex: Digitales Zwischenarchiv des Bundes	Mit dem Digitalen Zwischenarchiv des Bundes beabsichtigen die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM) und das Bundesarchiv, der Bundesverwaltung einen digitalen Langzeitspeicher für die elektronischen Unterlagen des Bundes zur Verfügung zu stellen.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben
10	Gemeinsame und integrierte Prozessoptimierung in der Bundesverwaltung	Das Prozessmanagement ist zudem überwiegend dezentral organisiert. Es wird ein Netzwerk zwischen den bestehenden Kompetenzzentren für Prozessmanagement in der Bundesverwaltung aufgebaut, um die eigene Kompetenz der Bundesverwaltung im Bereich der IT- und Prozessberatung zu stärken. Das Netzwerk wird insbesondere ein ressortübergreifendes Beratungskonzept für IT- und Prozessberatung als internes Dienstleistungsangebot für die gesamte Bundesverwaltung erstellen. Dies soll auch In-	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben

		house-Beratungsleistungen über die Ressortgrenzen hinweg ermöglichen.	
11	Eröffnung eines Zugangs zum Empfang elektronischer Rechnungen	Schaffung einer Rechtsgrundlage und Umsetzung mehrerer Pilotprojekte für einen durchgängig elektronischen Rechnungsbearbeitungsprozess.	Kein Bezug
12	Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der G8-Open-Data-Charta	Deutschland hat sich im Rahmen der G8-Open-Data-Charta im Juni 2013 zu Open Data bekannt. Die Charta legt mehrere Prinzipien für Open Data fest. Deutschland hat sich verpflichtet, einen Aktionsplan zur Umsetzung der Charta vorzulegen.	Kein Bezug
13	Entwicklung eines Geokodierungsdienstes (Bundesamt für Kartographie und Geodäsie)	Der Geokodierungsdienst für elektronische Register dient dabei als Katalysator. Ziel der Maßnahme ist die verbesserte Nutzung der in verschiedenen Registern vorhandenen Informationen. Durch die Georeferenzierung erhält das betreffende Register einen direkten Raumbezug. Hierdurch eröffnen sich vielfältige neue Analyse- und Verknüpfungsmöglichkeiten.	Kein Bezug, allgemeines Vorhaben

Keine Bezüge, da es sich entweder um Querschnittsvorhaben handelt, Basisdienste oder allgemeine Überbauvorhaben.

2.1.2 Einzelprojekte des Bundes

	Kurzbezeichnung	Inhalt	Einschätzung
1	E-Beschaffung (Beschaffungsamt)	Mit dem Projekt werden vorhandene Infrastrukturen wie die Vergabeplattform und das Kaufhaus des Bundes ausgebaut, durch Bündelung der Nachfrage Einsparungen ermöglicht und Qualitätsgewinne in den Bereichen Korruptionsprävention und Vergabesicherheit erzielt.	Kein Bezug
2	Elektronisches Gesetzgebungsverfahren	Mit dem Projekt „Elektronisches Gesetzgebungsverfahren“ soll eine modularisierte und interoperable Plattform zur Verfügung gestellt werden, die einen durchgängigen digitalen Gesetzgebungsprozess von der Entwurfserstellung bis zur Verkündung einer Rechtsnorm ermöglicht.	Kein Bezug
3	Modellkommune	Mit dem Pilotvorhaben „Modellkommune E-Government“ soll das Potenzial des EGovG auf kommunaler Ebene aufgezeigt werden. Das Pilotvorhaben wurde im Januar 2014 mit drei Modellkommunen (Städte Gütersloh und Düren, Landkreis Cochem-Zell) gestartet. Am Ende des Modellvorhabens soll ein Leitfaden „Weg zur E-Government-Kommune“ als Handreichung für Kommunen erarbeitet werden.	Kein Bezug
4	Mobiles Webangebot (Bundesverwaltungsamt)	Mit der Erweiterung einer Web-Content-Management-Lösung, die von vielen Behörden genutzt wird, auf ein Responsive Webdesign wird es möglich, die Darstellung der Inhalte einer Webseite auf unterschiedlichen Ausgabegeräten (Desktop, Tablet, Smartphone) einheitlich zu gewährleisten, wobei die Darstellung automatisch auf das jeweilige Ausgabegerät angepasst wird.	Kein Bezug
5	BAföG-Rückzahlung (Bundesverwaltungsamt)	Im Rahmen des Projekts soll im Jahr 2015 die gemäß der gesetzlichen Vorgaben pilothaft für den Bereich BAföG-Rückzahlung im Bundesverwaltungsamt umgesetzte Lösung zur Online-Authentifizierung mittels nPA so modularisiert und als Querschnittskomponente weitergabefähig weiterentwickelt werden, dass sie (ohne erhebliche Aufwände) auch für andere Fachverfahren zum Einsatz kommen kann.	Kein Bezug
6	Online-Antrag für Füh-	Mit der Einführung des neuen Verfahrens	Kein Bezug

	rungszeugnisse (OLAF)	auf Basis von FMS zur Online-Beantragung können Bürger ihre Anträge auf Erteilung eines Führungszeugnisses zukünftig auch unmittelbar beim Bundesamt für Justiz über das Internet stellen. Die Identifizierung erfolgt dabei über die elektronischen Ausweisdokumente.	
--	-----------------------	--	--

2.2 Legislaturbericht Digitale Agenda 2014–2017

Aufgrund des Umfangs des ressortübergreifenden Legislaturberichts kann hier keine Einzelaufstellung der verschiedenen Digitalisierungsvorhaben erfolgen. Nachfolgend sind daher nur solche Vorhaben aufgeführt, bei denen ein thematischer Bezug zum Thema Asyl besteht. Gleichwohl erfolgt die Aufstellung lediglich informativ, da die identifizierten Vorhaben deutlich außerhalb des Radius des Koordinierungsprojekts befinden. Auf eine Aufnahme in die Aufstellung der Digitalisierungsvorhaben im Gesamtkontext Asyl wurde daher verzichtet.

	Kurzbezeichnung	Inhalt	Zeitplanung	Ressort(s)
1	Verstärkung des Engagements im Bereich „IKT und Flucht“	Über 70 IKT-Maßnahmen sollen die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung in Herkunfts- und Transitländern, die Berufs- und Erwachsenenbildung sowie notwendige Infrastruktur fördern. Zudem werden Neuvorhaben zu den Themen IKT und Klima, IKT und Hunger sowie IKT und Fluchtursachen beauftragt. Weitere Schwerpunkte sind die Diskussion der Chancen des digitalen Wandels im Kontext von Flucht und Migration sowie die Zusammenarbeit mit neuen Akteuren.	Fortlaufend	BMZ
2	Pledgebank mit Schwerpunkt Flüchtlingsfamilien: „Digitales Ehrenamt – Plattform für Mobilisierung und Integration“	"Plattform wurde im Oktober 2016 unter der Adresse www.buntundverbindlich.de gestartet (Pledgebank: Website zur Koordinierung von kollektivem Handeln)"	Seit Oktober 2016	BMFSFJ
3	Adresse www.buntundverbindlich.de gestartet	Koordinierung und zum Austausch digitaler Initiativen in der Flüchtlingshilfe, Zuletzt am 27.06.2017		BMI mit Partnern

2.3 IT-Strategie der Bundesverwaltung 2017-2021

In der IT-Strategie der Bundesverwaltung sind neun strategische Ziele aufgeführt, sowie sechs Handlungsfelder zur Erreichung der strategischen Ziele. Ziele und Handlungsfelder werden detailliert erläutert. Die Inhalte der IT-Strategie der Bundesverwaltung bilden einen Überbau, sie sind ressortunabhängig und grundsätzlich für alle Bundesbehörden verpflichtend.

Diesem übergreifenden, rahmengebenden Charakter ist es geschuldet, dass in dem Dokument keine konkreten Maßnahmen benannt werden können, Maßnahmen - laufende oder zukünftige Projekte (oder Vorhaben) in der IT der Bundesverwaltung – werden innerhalb der einzelnen Ressorts bzw. Behörden abgeleitet.

Die strategischen Ziele sind:

- Effektivität und Qualität
- Digitale Verwaltung
- Zukunftsfähigkeit und Offenheit für Innovationen
- Informationssicherheit und Datenschutz
- Attraktivität als Arbeitgeber
- Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz
- Inklusion und Barrierefreiheit Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit
- Kooperationen
- Kontrollfähigkeit und Steuerbarkeit

Die sechs Handlungsfelder sind:

- Konsolidierung, Standardisierung und Nachfragebündelung
- Digitalisierung
- Förderung von Innovationen
- Umsetzung der Informationssicherheit und des Datenschutzes
- Entwicklung von IT-Personal
- Ausbau der IT-Steuerung des Bundes

Aufgrund der überbauenden Ausrichtung gibt es keine unmittelbaren Bezüge zum Asylverfahren.